



Anwaltschaft für Klimaschutz statt Repression

Zürich, 27. September 2019

Strafbefehl

Die Anwaltschaft für Klimaschutz statt Repression hat in Sachen

Beschuldigte*r:	Credit Suisse
Straftatbestand:	Finanzierung grossflächiger Brandrodung im Amazonas-Regenwald / Anzeigen für Klimaaktivist*innen etc.
Rechtsgrundlage:	Art. X, Recht auf eine lebenswerte Zukunft

erkannt:

1. Die Credit Suisse (nachfolgend CS genannt) ist schuldig.

Urteilsbegründung:

- Obwohl fast alle grossen Konzerne der südamerikanischen Soja- und Rindfleischproduktion auf illegale Brandrodungen zurückgreifen, versorgt die CS die Profiteure des brasilianischen Landwirtschaftssektors seit Jahren mit grosszügigen Krediten im dreistelligen Millionenbereich! Damit befeuert die Schweizer Grossbank die rasant voranschreitende Regenwaldzerstörung im Amazonas und stellt einmal mehr ihre unrühmliche Rolle als Klimakillerin unter Beweis.
- Die CS verursacht mit ihren Investitionen mehr CO₂ als das gesamte Schweizer Inland. Trotzdem wurden die Verantwortlichen dieser rücksichtslosen Geschäftstätigkeit noch nie zur Rechenschaft gezogen. Im Gegenteil: Als im Sommer 2019 dutzende Klimaaktivist*innen eine Zürcher CS-Filiale blockierten, wurden sie trotz öffentlichen Protesten zwei Tage lang in U-Haft gesteckt und anschliessend mit saftigen Kollektivstrafen belegt.

2. Im Angesicht der Sachlage wird die Vergesellschaftung der CS verfügt.

Strafmass-Begründung

- Damit das Vermögen der CS nicht mehr für die Sabotage unserer Zukunft eingesetzt wird, wird ein demokratisches Mitspracheprinzip und die Enteignung der CS angeordnet. Alle Menschen sind herzlich eingeladen, darüber zu diskutieren, wie das Vermögen der CS für die Lösung der Klimakrise am besten eingesetzt wird.

Die Anwaltschaft für Klimaschutz statt Repression grüsst alle indigenen Menschen in Brasilien und wünscht profitorientierten Klimasünder*innen keinen schönen Tag.